



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Aspen Institute  Germany

RALF DAHRENDORF

**Acht Anmerkungen zum Populismus/
Eight remarks on populism**

ANALYSE

Impressum / Imprint

Herausgeber/Publisher

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/
Friedrich Naumann Foundation for Freedom
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

Aspen Institute Deutschland e.V./
Aspen Institute Germany
Friedrichstraße 60
10117 Berlin
www.aspeninstitute.de

Autor/Author

Ralf Dahrendorf

Redaktion/Editors

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/
Liberal Institute of the Friedrich Naumann Foundation for Freedom
Annett Witte, Leitung Themenmanagement/
Head of Issue Management and Political Consulting Division
Thomas Volkmann, Stv. Leiter Liberales Institut/
Deputy Head of the Liberal Institute

Produktion/Production

COMDOK GmbH

Fotos/Pictures

Seiten/pages 4, 12: photothek.de / Thomas Imo
Seiten/pages 10, 18: Bundesarchiv / B 145 Bild-00194279 / Steffen Kugler

Kontakt/Contact

Phone +49 30 220126-34
Fax +49 30 690881-02
Email service@freiheit.org

Stand/As of

Juni 2019/June 2019

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation/Notes on using this publication

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundtags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

This publication is an information offer of the Friedrich Naumann Foundation for Freedom. It is available free of charge and not intended for sale. It may not be used by parties or election workers for the purpose of election advertising during election campaigns (federal, state or local government elections, or European Parliament elections).

Inhalt/Contents

RALF DAHRENDORF – ACHT ANMERKUNGEN ZUM POPULISMUS

| | |
|------------------|----|
| 1. VORWORT | 4 |
| 2. VORWORT | 5 |
| ACHT ANMERKUNGEN | 6 |
| ÜBER DEN AUTOR | 10 |

RALF DAHRENDORF – EIGHT REMARKS ON POPULISM

| | |
|--------------------------|----|
| 1 ST FOREWORD | 12 |
| 2 ND FOREWORD | 13 |
| EIGHT REMARKS | 14 |
| ABOUT THE AUTHOR | 18 |

1. Vorwort



Das Thema Populismus ist so aktuell und umstritten derzeit, dass man fast versucht sein könnte, es für ein neu aufgetretenes Problem der aktuellen politischen Situation zu halten. Demokratien stehen stark unter Druck, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Neue Parteien und Bewegungen, oft gelenkt und mit harter

Hand gesteuert durch populistisch agierende, charismatische Führungspersonen, üben diesen Druck aus, und leider sind sie zurzeit in vielen Ländern durchaus erfolgreich damit.

Vieles was wir beim Aufstieg der AfD in Deutschland, bei ungewöhnlichen Regierungskonstellationen z.B. bis vor wenigen Wochen in Österreich, beim Wandel von bislang liberalen in illiberale Demokratien in Osteuropa beobachten können, oder müssen, hat eine neue Intensität. Die Freunde der offenen Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen, sowohl institutioneller, als auch argumentativ-intellektueller Art.

Neu ist dabei nicht, dass es Populismus in der Politik gibt. Ungewohnt ist, dass die Populisten immer mehr Erfolg haben. Gerade darum ist heute ein Text wie der von Ralf Dahrendorf, den wir hier neu auflegen, so wichtig für die aktuelle Diskussion. Vor knapp 15 Jahren im vorzüglichen, leider inzwischen eingestellten Magazin „Transit“ erschienen, zeigt der Text, den wir unverändert abdrucken, einmal mehr die Klarsichtigkeit und fortdauernde Tiefgründigkeit Dahrendorfschen Denkens.

Vieles von dem, mit dem wir uns heute zu befassen haben, hat Dahrendorf im Jahr 2003 schon gesehen und analysiert. Wir befinden uns, wenn wir über Populismus diskutieren, auf durchaus rutschigem Boden. Darauf weist auch Dahrendorf schon hin: „Des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt“, schreibt er gleich zu Beginn seiner Anmerkungen. In der Tat, die Grenze zwischen Wahlkampfauftritt und Demokratie ist nicht immer leicht zu ziehen. Und auch das ist wichtig: „Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.“ Das betrifft die „Nazi-Keule“, die meines Erachtens viel zu oft und zu leichtfertig geschwungen wird und damit zu weiterer Polarisierung führt.

Dahrendorf stellt klar: Populismus entsteht, wenn die „Traditionsparteien“ Themen zu vermeiden suchen. Er gibt Beispiele für 2003, aber auch für heute lassen die sich leicht finden. Wer sich um ein Thema drückt, weil er nicht weiß, wie er es den Menschen erklären soll, stärkt die großen Vereinfacher, die scheinbar alles erklären können, sich dabei um Wahrheit und Tiefe aber nicht stören. Und diese Vereinfacher, so schreibt Dahrendorf, kommen von Rechts und von Links.

Kann man Populisten „entzaubern“, so wie es viele mit der AfD machen wollen, in dem man sie politisch in die Pflicht nimmt? Hier warnt Dahrendorf: Populisten sind regierungsunfähig, aber das ist eine Gefahr. „Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen“, schreibt er. „Wenn Populisten regieren, stehen sie ratlos vor der Komplexität.“ Diese Ratlosigkeit führt allerdings wohl nicht so schnell dazu, dass die Populisten den Versuch aufgeben. Viel wahrscheinlicher ist es, dass sie auf steigende Probleme und gesellschaftliche Spannungen mit immer rigideren Freiheitseinschränkungen, skrupellosen politischen Lösungen oder ideologischen Verhärtungen reagieren, bis sie dann – sofern das noch möglich ist – abgewählt werden.

„Der Erfolg populistischer Bewegungen ist immer auch ein Zeugnis für die Schwäche von Parlamenten“, schreibt Dahrendorf. Oder, ins Positive gewendet: „Komplizierte Zusammenhänge verständlich zu erklären, ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.“ Er sah das, wie der Text ausweist, im Jahr 2003 durchaus kritisch, sah im „schleichenden Autoritarismus moderner Demokratien (...) selbst eine populismusfördernde Tendenz.“ In die Jetzt-Zeit übertragen heißt das: „Basta-Politik“, „asymmetrische Demobilisierung“ im Wahlkampf oder „alternativlose Lösungen“ sind keine Mittel, um populistischen Tendenzen entgegen zu wirken, ganz im Gegenteil. Was wir brauchen, sind Ideen für mehr Attraktivität von parlamentarischer Arbeit, mit Ideengebern aus Wissenschaft und Praxis.

Bei aller Notwendigkeit, die Thesen Dahrendorfs in ihren zeit-historischen Kontext einzuordnen, weil eben die Welt sich in den 15 Jahren seit Veröffentlichung des Textes fortentwickelt hat: Die Anmerkungen Dahrendorfs sind in ihrer Substanz nicht nur weiterhin gültig, sondern immer noch wegweisend. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nimmt die von Ralf Dahrendorf gestellte Aufgabe wahr: „Mit Komplexität leben zu lernen – das ist vielleicht die größte Aufgabe demokratischer politischer Bildung.“ Wir diskutieren mit Wissenschaftlern und Publizisten, die sich mit dem Thema Populismus beschäftigen, wie zum Beispiel Jens Hacke, Frank Decker, Jan Werner Müller, Armin Nassehi, Andreas Rödder, Christoph Giesa und vielen mehr, aber auch mit Populisten – wenn sie denn bereit zur konkreten Auseinandersetzung in der Sache sind. Und wir publizieren, wie hier vorgelegt, die Überlegungen des großen Liberalen Ralf Dahrendorf zum Thema.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorsitzender des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

2. Vorwort



Als Aspen Institute Deutschland führen wir täglich den konstruktiven Dialog über die gegenwärtige Gefährdung und die Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie und liberalen Gesellschaft. Auch und vor allem mit unseren amerikanischen Freunden. Wir Deutschen verdanken unsere Demokratie dem entschlossenen

Kampf westlicher Demokratien gegen Faschismus und Diktatur, die vor allem mit den Mitteln des Populismus zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg in Europa an die Macht gekommen waren. Umso betroffener müssen wir heute zur Kenntnis nehmen, dass selbst die USA gegen den Bazillus des Rechtspopulismus nicht gefeit sind. Im Gegenteil: Trump hat vorgeführt, wie man mit radikalen Botschaften und gnadenlos vereinfachten Messages Wahlerfolge erringen kann. Seine Politik findet -leider- auch in Europa eine zunehmende Zahl von Nachahmern im rechten wie im linken Spektrum.

Auf die Gefahren – sowohl des Rechts- aber auch des Linkspopulismus – für die parlamentarische Demokratie hat Dahrendorf in seinen acht Anmerkungen zum Populismus bereits vor mehr als 15 Jahren in großer Eindringlichkeit und Weitsichtigkeit hingewiesen.

Was Dahrendorf zu seiner Zeit allerdings noch nicht kannte, ist das heutige Phänomen der sozialen Medien als millionenfacher Verstärker populistischer Botschaften. Social Media sind als „Netzdemokratie“ längst etabliert. Weitgehend unkontrolliert, tragen ihre zugespitzten und häufig auch emotionalen Botschaften zur Radikalisierung politischer Debatten bei und spielen damit vor allem Populisten in die Hände. Dieses Prinzip macht sich vor allem die AfD mit ihren Angstkampagnen zur Migrationsproblematik über soziale Netzwerke zunutze. Mit ihren hochprofessionellen Social Media Aktionen schlagen sie daraus demagogisches Kapital.

Dahrendorf weist in seinen Anmerkungen zu Recht darauf hin, dass die Grenze zwischen Demokratie und Populismus, zwischen Wahlkampf und Demagogie nicht immer leicht zu ziehen sei.

Seine persönliche Antwort, wie diese Grenze zu definieren sei, hat er schon 1968 gegeben -noch weit vor Internet und Social Media. In einem öffentlichen Streitgespräch mit Rudi Dutschke hat er vor Hunderten von Studenten in Freiburg die offene, freiheitliche Gesellschaft gegenüber dem marxistischen Revolutionsanspruch des linken Revoluzzers Rudi Dutschke verteidigt. In meinem politischen Gedächtnis ist noch heute das Bild von Dahrendorf mit Dutschke wie eingebrennt, beide zusammen auf dem Dach eines Lautsprecherwagens sitzend. Die politische Prominenz der FDP hatte sich drinnen in der Stadthalle von Freiburg verschanzt. Dahrendorf aber suchte draußen in einer leidenschaftlich geführten Debatte den Diskurs mit der Protestgeneration der 68er Studentebewegung. Beobachter von damals waren sich nach dem Streitgespräch einig, dass der Professor mit seinen präzisen Fragen an Dutschke diesen nicht nur in Bedrängnis brachte, sondern die Partie eindeutig für sich entschieden hat.

Für Dahrendorf war das der Ausgangspunkt einer beispiellosen politischen und akademischen Karriere. Sein ganzes Leben war seiner grundsätzlichen Überzeugung und Aufgabe gewidmet, die er in seinen Anmerkungen zum Populismus so definiert hat, „die generelle Lücke zwischen Bürgern und Mächtigen“ zu schließen. Dieser Aufruf zum Handeln ist auch die entscheidende und richtige Antwort auf jede Form von Populismus.

Dahrendorfs Eintreten für die Politik der Freiheit und den öffentlich und argumentativ geführten Diskurs sind noch heute beispielgebend. Und diesem liberalen Vermächtnis von Dahrendorf fühlt sich auch das Aspen Institute mit seiner wertorientierten Agenda verpflichtet. Deshalb haben wir uns zur Mitherausgabe dieser Streitschrift gegen den Populismus entschieden. Wir wünschen ihr eine möglichst weite Verbreitung und Öffentlichkeit.

Rüdiger Lentz

Executive Director Aspen Institute Deutschland e.V.

1 Die Schwierigkeit beginnt schon mit dem Begriff Populismus.

Er besagt, dass der Rekurs auf das Volk nicht in Ordnung ist. Jedenfalls ist Populismus ein abwertender Begriff. Aber ist nicht das Volk der Souverän, der daher die Demokratie legitimiert? Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen: Des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt.

Wir sind ganz einverstanden, wenn ein Politiker sagt, er werde eine große Frage – den Irak-Krieg, die Einführung des Euro – mit den Leuten diskutieren. Er habe daher eine Reihe von Versammlungen organisiert, in denen er seine Auffassung erklären und zur Diskussion stellen wolle. Noch heute wird daran erinnert, wie der britische Premierminister Gladstone seine Wähler mit stundenlangen Referaten über Unrecht traktierte, das im fernen Bulgarien begangen wurde, um eine britische Intervention zu begründen. Das war gut, es war Demokratie pur. Oder war da doch ein Schuss Populismus im Spiel?

Wir sind nämlich nicht einverstanden, wenn einer mit allen Mitteln der Rhetorik eine große Menge zu stürmischen Reaktionen bewegt. Es muss nicht gleich Goebbels' „rhetorische“ Frage sein: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Schon eine einseitige Darstellung von Gewaltverbrechen etwa genügt. Bald entsteht eine Stimmung, die zu Pogromen führen kann. Das „Volk“ wird aufgeputscht. Wir sprechen dann von Demagogie, und die Demagogie hat ein großes Register von Methoden. Die Grenze zwischen beiden, Demokratie und Populismus, Wahlkampfdebatte und Demagogie, Diskussion und Verführung ist nicht immer leicht zu ziehen. Es ist daher Vorsicht am Platze bei der Verwendung der Begriffe. Der Populismusvorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.

2

Populismus wird rasch zum „Rechtspopulismus“.

In der Tat verbinden die meisten den Begriff mit immer neu aus dem Boden schießenden Organisationen der politischen Rechten. Man denkt an Haider und Le Pen und Schill und vielleicht Möllemann. Doch ist auch hier Vorsicht am Platze, schon weil einige der erfolgreichsten

Populisten sich so ohne weiteres nicht einordnen lassen. Der ermordete Pim Fortuyn in Holland war sicher nicht einfach ein „Rechter“.

Der Grund, warum Populismus und politische Rechte oft in einen Topf geworfen werden, liegt wohl darin, dass die Themen, an denen demagogischer Populismus aufschäumt, oft klassische Themen der Rechten sind. Heute gilt das vor allem für zwei Themen: Recht und Ordnung sowie die ganze Problematik der Asylanten und Zuwanderer und ihrer Behandlung in demokratischen Staaten.

Beide Themen enthalten eine Lehre, die zur Erklärung der Erfolge von Populisten beiträgt: erst die Berührungsangst von Liberalen und Linken hat sie explosiv gemacht. Weil also Liberale und Linke die Themen zu vermeiden suchen, können Skrupellose aus ihnen Kapital schlagen. So ist „Recht und Ordnung“ selbst zu einem politisch rechten Begriff geworden, und es ist der Eindruck entstanden, die Liberalen und Linken würden Unrecht und Unordnung tatenlos hinnehmen.

Diese Tatsache enthält schon die Antwort. Es war eine der Stärken von New Labour, dass zumindest der Versuch gemacht wurde, der Rechten das heikle Thema zu entreißen. Tough on crime, tough on the causes of crime war ein guter Slogan: Natürlich müssen Rechtsbrüche geahndet werden, aber ebenso wichtig ist es, deren Ursachen in Armut und sozialem Ausschluss zu bekämpfen. Auch im Fall der Zuwanderung gibt es jetzt ähnliche Tendenzen. Es ist legitim zu unterscheiden zwischen Asylanten aus Zimbabwe und aus Südafrika. Die einen entfliehen einem mörderischen, die anderen einem konstitutionellen Regime. Es ist auch nötig, die Frage zu stellen, wie viel Zuwanderung Gemeinden ertragen können, ohne eben jene Qualitäten zu verlieren, die sie für Zuwanderer attraktiv gemacht haben.

Es ist also nicht nötig, die heikle Tagesordnung der öffentlichen Debatte denen zu überlassen, die daraus demagogisches Kapital schlagen wollen. Zugleich bleibt unleugbar, dass es befriedigende liberale und linke Antworten auf Fragen wie Recht und Ordnung oder Zuwanderung nur bedingt gibt. New Labour zeigt, dass es in der Praxis leichter ist, hart gegen Kriminelle vorzugehen als die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen. Hier ist ein Maß an Klarheit und Unversuchbarkeit von den Handelnden verlangt, das nur wenige aufbringen.

3

Dabei hilft möglicherweise die Tatsache, dass Populisten offenbar zum Regieren unfähig sind.

Der Vorteil, den sie gegenüber Demokraten im Wahlkampf haben, wird bald verspielt, wenn ihr Erfolg sie auf Ministersessel bringt. An Beispielen fehlt

es gerade in jüngerer Zeit nicht: die Bossi-Liga in Italien, die österreichische FPÖ, die niederländische Fortuyn-Partei, der Richter Schill in Hamburg - sie alle haben schlicht versagt, als sie herausgefordert waren, ihre Worte in Taten umzusetzen.

Das ist zum Teil eine Frage der Persönlichkeiten. Rechtspopulistische Führer sind oft schillernde Gestalten, die schon darum in „normalen“ Parteien nicht weit kommen. Sie sind Randfiguren mit einer schrägen Attraktivität. Auch weil sie so anders sind, werden sie gewählt.

Zudem schaffen solche Populisten keine tragfähige Organisation um sich herum. Ihre Parteien sind lose gefügte Gebilde, voll von anderen ambitionierten Randfiguren, ohne programmatischen Kern und ohne organisatorische Disziplin. An ihnen zeigt sich in gewisser Weise, wofür politische Parteien am Ende doch gut sind.

Vor allem aber zeigt sich bei der Regierungsbeteiligung von Populisten, dass ihr Appeal gar nicht auf Aktion gerichtet ist. Populistische Gruppen sind Protestgruppen. Das klingt indes harmloser als es ist. Es kann immer sein, dass solche Führer und Gruppierungen so viele zur Zustimmung verführen, dass sie nicht nur Koalitionspartner, sondern sogar Alleinregierende werden. Dann wird nicht etwa ein Programm der Reform umgesetzt; dann wird viel mehr Macht als solche zementiert. Im vergleichsweise harmlosen Fall gibt es dann eine Regierung Berlusconi, die ihre Macht benutzt, um das Rechtssystem zum eigenen Vorteil auszuhebeln. Im extremeren Fall kommt ein Ermächtigungsgesetz mit allen Folgen. Insoweit ist die Regierungsfähigkeit der Populisten selbst eine Gefahr.

4

Nicht alle Themen für populistisches Handeln sind normalerweise auf der Rechten angesiedelt.

Angesichts dessen, was meist mit Globalisierung beschrieben wird, gibt es auch so etwas wie Linkspopulismus. Oskar Lafontaine in der deutschen SPD liefert ein Beispiel dafür, einschließlich der Tatsache übrigens, dass er zum

Regieren außerhalb seines Sozialhilfe-Ländchens an der Saar überhaupt nicht imstande war. Die Wiederkehr betont antikapitalistischer Linksparteien in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden gehört in dasselbe Kapitel.

Auch hier wieder gilt, dass die Traditionsparteien ein Thema nicht, oder zumindest nicht in der richtigen Weise auf die Tagesordnung der politischen Debatte gesetzt haben. Sie haben die neoliberale Antwort auf die Herausforderungen globaler Märkte missverstanden als Förderung eines Kapitalismus ohne Regeln und Grenzen. Sie haben auch vergessen, dass man zwar Freiheit vor Gleichheit stellen aber dabei nicht vergessen darf, dass alle Bürger auf dem gleichen Boden der Grundrechte der Teilnahme stehen müssen. Märkte sind immer Regelwerke. Nie darf es einigen erlaubt sein, die Grundchancen anderer zu beschneiden; Privilegien und Marktkonkurrenz sind unvereinbar.

5

Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex: das ist am Ende vielleicht das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Formen des Bezuges auf das Volk.

Man muss es noch genauer sagen.

Populismus beruht auf dem bewussten

Versuch der Vereinfachung von Problemen. Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept. Das Verbrechen nimmt überhand? Wir müssen härter durchgreifen. Es kommen zu viele Asylanten ins Land? Man muss ihnen den Zugang versperren. Der globale Kapitalismus macht uns arm? Man muss seinen Protagonisten die Flügel stützen. So einfach ist das.

Aber es ist eben nicht so einfach. Wenn Populisten regieren, merken sie das. Dann stehen sie ratlos vor der Komplexität. Sie treffen noch ein paar symbolische Entscheidungen – eine Verstärkung der Polizei, ein Gefängnis für illegale Zuwanderer, eine Rede in Porto Alegre und nicht Davos –, aber damit hat es sich dann auch. Das Gestrüpp der Probleme bleibt, ein Dickicht ohne Schneisen, eine Aufgabe für härtere Figuren als die Demagogen.

Mit Komplexität leben zu lernen – das ist vielleicht die größte Aufgabe demokratischer politischer Bildung. In reifen Demokratien wissen die Wähler, dass nicht alle Blütenräume der Politiker reifen können. Sie hören mit einer angemessenen Portion Skepsis, dass die Regierung bis September die Zahl der Asylanten halbieren und bis zum nächsten Frühjahr die Straßenverbrechen um 20 % reduzieren will. Sie sind davon überzeugt, dass die Armut in der Dritten Welt eine Ursache von Konflikten bildet und wissen doch, dass diese nicht in einer Wahlperiode beseitigt werden kann. Das Leben ist nun einmal kompliziert, und Schritte in die richtige Richtung sind oft das einzige, was wir ernsthaft erhoffen können.

Für nicht-populistische Politiker bedeutet das eine selbst komplexe Aufgabe. Sie müssen die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen. Das genau war ja der Witz von Gladstones Reden über das ferne Bulgarien. Das ist es übrigens auch, was Präsident Bush und Premierminister Blair in der langen Diskussionsphase vor dem Irak-Krieg unter Schmerzen gelernt haben. Komplizierte Zusammenhänge verständlich zu erklären, ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.

6

Wirft man vor diesem Hintergrund den Blick auf Institutionen, so kommt einem zunächst das Instrument des Referendums in den Sinn.

Gemeint sind hier vor allem Volksabstimmungen mit verbindlicher Wirkung. Sie sind, so könnte man meinen, ein mögliches Instrument der Demokratie gegen den Populismus. Oder sind sie

doch eher das Gegenteil, also ein populistisches Instrument gegen die Demokratie?

Auch dieses Thema – so ist die Welt! – ist komplex und verbietet einfache Antworten. Man denke dabei zum Beispiel an den Sonderfall der Schweiz. Sie ist ein Sonderfall vor allem insofern, als sie nicht nur eine Referendumsdemokratie ist, sondern auch eine Tradition der öffentlichen Debatte im Vorfeld von Volksabstimmungen kennt, die ihresgleichen nicht hat. Ein gehöriger Prozentsatz der Wähler, vielleicht 20 %, nimmt an diesen Debatten in der einen oder anderen Form teil. Das schließt populistische Parolen – gegenwärtig die des SVP-Politikers Blocher – nicht aus, begrenzt aber deren Wirkung. Dennoch muss man bezweifeln, dass die Entscheidung, nicht dem europäischen Wirtschaftsraum, also der milden vertraglichen Bindung an die EU, beizutreten, in irgendeiner Form sachlich begründet war. Könnte es sein, dass das Instrument der Volksabstimmung ungeeignet war für diese Entscheidung?

Solche Fragen stellen sich verschärft in größeren Ländern ohne ähnliche Traditionen. Wenn in Großbritannien über den Beitritt zum Euro abgestimmt wird, dann geht es um alles Mögliche – um die Popularität der Regierung, um vermeintliche Herrschaftsansprüche der Deutschen, um Anhänglichkeit an nationale Traditionen usw. usw. –, aber sicher nicht primär um die spezifischen Auswirkungen der Währungsunion. In der Tat entsteht eine Situation, die geradezu eine Einladung an Populisten darstellt.

Wahrscheinlich ist es nötig, eine politische Theorie des Referendums zu entwickeln, die dieses Instrument auf wenige Themen grundsätzlich allgemeiner Interessen beschränkt. Der häufigen, ja regelmäßigen Forderung nach nationalen Volksabstimmungen in großen Ländern haftet jedenfalls der Duft des Populismus eher an als der der Demokratie.

7 **Diese Anmerkungen zu Populismus und Demokratie blieben diffus, wenn nicht endlich von einer Institution die Rede wäre, die den eigentlichen Schutzschild der Demokratie gegen den Populismus darstellt, vom Parlament.**

Der Populismus ist ja im Kern antiparlamentarisch, auch wenn er sich der Parlamentswahlen bedient, um an die Hebel der Macht zu kommen. Der Erfolg populistischer Bewegungen ist daher immer auch ein Zeugnis für die Schwäche von Parlamenten. Die parlamentarische, also repräsentative Demokratie ist das Mittel, um ein vorherrschendes Meinungsklima in konkrete und realistische Entscheidungen zu übersetzen. Wo das wirksam geschieht, bleibt für die großen Vereinfacher kein Platz. Sie bleiben, was sie rechtens sind, nämlich große Vereinfacher, die am Sonntagmorgen an der Speakers' Corner im Hyde Park ihre Tiraden von sich geben.

Das Parlament liefert im Prinzip dreierlei: einen Ort für die detaillierte Debatte von Themen, einen Ort für die Übersetzung der Debatte in Entscheidungen, und vor allem einen Ort, an dem dies nicht nur schnappschussartig, sondern über längere Zeit hin geschieht. Das Parlament übersetzt Augenblicksstimmungen in dauerhafte Entscheidungen. Das ist an sich schon eine antipopulistische Funktion. Insofern steht das Parlament kraft Definition auf der Seite der Demokratie.

Nun sind das selbst sehr einfache Bemerkungen. Parlamente haben diese Aufgaben immer schon nur bedingt und oft unvollständig wahrgenommen. Zuweilen erliegen sie auch ihrerseits populistischen Versuchungen; selbst das britische Oberhaus hat daran mitgewirkt, Antiterrorgesetze innerhalb weniger Tage durchzupeitschen. Indes hat heute die Schwächung von Parlamenten ein viel ernsteres Ausmaß angenommen. Überall hat die Exekutive Wege gefunden, um lästige Verzögerungen und Behinderungen ihrer Handlungsfreiheit durch Parlamente zu verhindern. Generell ist das verbunden mit dem direkten Appell an „das Volk“, meist in Gestalt von Fernsehzuschauern und überhaupt Konsumenten. Der schleichende Autoritarismus moderner Demokratien ist selbst eine Populismus fördernde Tendenz.

Das ist ein großes und wichtiges Thema, über das ein eigener Traktat nötig ist. So viel indes muss hier gesagt werden: den Prozess der Aushöhlung parlamentarisch-demokratischer Formen aufzuhalten und nach Kräften umzukehren, ist eines der großen Desiderata einer Politik der Freiheit heute.

8

Parlamente existieren in Nationalstaaten und in ihren Teilen wie Ländern und Kommunen. Indes sind die Räume, in denen politische Entscheidungen heute getroffen werden, diffuser geworden.

Aus gutem Grund ist zunehmend von Governance statt von Government die Rede. Wir werden regiert, ohne dass man mit dem Finger auf Regierungen zeigen könnte, die das bewerkstelligen. Die Diffusion der Macht reicht zudem vom Globalen bis zum Lokalen.

Das bedeutet, dass vielerorts institutionelle Lücken entstanden sind, Räume, für die wir keine demokratischen Einrichtungen haben. Das sind Orte, an denen der Bazillus des Populismus gedeiht. Vor allem aber gibt es eine große generelle Lücke zwischen Bürgern und Mächtigen. Das ist nicht nur eine Lücke des Vertrauens und der Teilnahme, sondern schon eine Lücke der Information, der Kenntnis. Diese Lücke lädt zu Verschwörungstheorien aller Art ein, mit denen Populisten immer schon gerne gespielt haben. Sie lädt zu Patentrezepten ein, die zum Werkzeugkasten von Populisten gehören. Sie ist insofern eine große und wie es scheint nachhaltige Gefahr für die Freiheit. Es geht nicht nur um ein Demokratiedefizit, das sich auch aufheben ließe, es geht um eine Demokratielücke, die zu füllen das Material noch fehlt. An Aufgaben für Demokraten fehlt es also nicht.

Über den Autor



Lord Ralf Dahrendorf (1929 – 2009)

war einer der bekanntesten und bedeutendsten Soziologen in Deutschland und in Großbritannien. Er war Professor für Soziologie an den Universitäten Hamburg, Tübingen und Konstanz und Direktor der London School of Economics. In der Politik bekleidete er verschiedene Ämter, so als Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als EG-Kommissar für Außenbeziehung und Außenhandel oder als EG-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Bildung.

Als aktiver liberaler Politiker war Dahrendorf zunächst Mitglied des Landtages Baden-Württemberg, dann Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach seinem Wechsel nach Großbritannien trat er den Liberal Democrats bei und wurde, geadelt durch Königin Elizabeth II, im Jahr 1993 Mitglied im britischen Oberhaus.

Zwischen 1967 und 1987 war Dahrendorf zunächst Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, dann Mitglied des Kuratoriums und ab 1982 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Dieser Text aus dem Jahr 2003 erschien zuerst im Magazin „Transit“. Wir danken Lady Christiane Dahrendorf und Herrn Klaus Nellen vom Wiener IWM - Institut für die Wissenschaften vom Menschen als ehemaligem Transit-Herausgeber für die Zustimmung zur Neupublikation des Textes.



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.

Aspen Institute  Germany

RALF DAHRENDORF

Eight remarks on populism

ANALYSIS

1st Foreword



Populism is currently such a hot topic that it almost looks like a new problem, a feature of the current political situation. In Germany, in Europe and throughout the world, democracies are facing considerable pressure from new parties and movements, often under the heavy-handed control of charismatic leaders

who favour populist policies. Lamentably, their approach is proving successful in many countries.

Many recent developments – the rise of the AfD in Germany, unusual government constellations until a few weeks ago in Austria, the transformation of liberal into illiberal democracies in Eastern Europe – are intensifying. Supporters of the open society are facing considerable challenges, both of an institutional and an intellectual nature.

The existence of populism in politics is nothing new. But the fact that populists are succeeding is jarring. This is why a text like Dahrendorf’s “Eight remarks”, republished here without changes, is so important in the current debate. The article originally appeared 15 years ago in the excellent magazine “Transit”, which has unfortunately since ceased production. The text once again illustrates the clarity and lasting profundity of Dahrendorf’s thinking. He perceived and analysed much of what we are having to deal with today when this text was published in 2003.

When discussing populism, we find ourselves on treacherous terrain. Dahrendorf made note of this: “One man’s populism is another man’s democracy and vice-versa”, he wrote at the beginning of his remarks. And indeed, it is not always easy to identify the boundary between an election campaign appearance and democracy. And this is also important: “The accusation of populism can itself be populist, a demagogic substitute for arguments.” Case in point: the temptation to resort to calling someone a “Nazi”, a practice that is in my view much too widespread and which contributes to further polarisation.

Dahrendorf emphasises that populism arises when “traditional parties” try to avoid certain topics. It is easy to find examples from 2003, but just as easy to identify current cases. Avoiding a topic because you’re unsure of how to explain it strengthens the hand of the great simplifiers who claim to be able to explain anything, but who don’t let the need for truthfulness or nuance get in their way. Such simplifiers, says Dahrendorf, come from the left and from the right.

Is it possible to “debunk” populists by holding them politically accountable for their promises, as many intend to do with the AfD? Here, Dahrendorf issues a warning: populists are incapable of governing, but this represents a danger. “Populism relies on conscious efforts to simplify problems,” he writes. “When populists govern, they are perplexed by complexity.” However, their perplexity does not encourage them to abandon their efforts. More commonly they respond to growing problems and social tensions with increasingly rigid restrictions on freedom, unscrupulous political solutions or ideological hardening until they are voted out of office – if this remains possible.

“The success of populist movements is therefore always a sign of the weakness of parliaments,” writes Dahrendorf. Or, formulated positively: “Being able to explain complex issues in a way that is easy to understand is one of the main responsibilities of democratic leaders.” As the text shows, he saw this critically in 2003, noting in the “creeping authoritarianism of modern democracy (...) itself a populism-promoting tendency”. In current terms, this means that “enough-now politics”, “asymmetric demobilisation” in election campaigns or asserting that “we have no choice” are no way to counteract populist tendencies, quite the opposite. What we need are ideas to make parliamentary work more attractive, leveraging input from both research and practice.

Although the world has changed in the 15 years since the text was first published, and despite the need to place Dahrendorf’s theses in their historic context, his remarks remain not only valid, but groundbreaking.

The Friedrich Naumann Foundation for Freedom accepts Dahrendorf’s challenge: “Learning to live with complexity may be the most significant task of democratic civic education.” We engage in critical debate with researchers and columnists who address populism, e.g. Jens Hacke, Frank Decker, Jan Werner Müller, Armin Nassehi, Andreas Rödder, Christoph Giesa and many others, but also with populists themselves – when they are prepared to engage with issues factually. And we publish, as in this case, the thinking of the great liberal Ralf Dahrendorf on the topic.

We trust that you will enjoy this text.

Prof Dr Karl-Heinz Paqué
Chairman of the board of the
Friedrich Naumann Foundation for Freedom

2nd Foreword



As the Aspen Institute Deutschland, we engage daily in constructive dialogue about the future of our parliamentary democracy, as well as the dangers confronting our liberal society.

We do this in particular with our American friends: as Germans, we owe our democracy to the uncompromising opposition of

Western democracies to fascism, as well as their principled stand against the often populist dictatorships which arose between the two world wars.

Today, it is disconcerting to observe that not even the United States themselves are immune to the bug of right-wing populism. On the contrary: Trump has shown his peers how to campaign successfully on the basis of radical, ruthlessly simplified messages. Unfortunately, a growing number of copycats in Europe, on the right and on the left, are imitating his politics.

Over 15 years ago, Dahrendorf forcefully and presciently delineated the risks both left- and right-wing populism pose to parliamentary democracy in his eight remarks on populism.

At the time, Dahrendorf couldn't foresee the role social media would play as a massive amplifier of populist messages, or their impact as a key medium of online democracy.

Social media messaging is typically subject to very few controls. Its pointed and often emotive messages play a role in radicalising and polarising the political debate, a development which tends to favour the populists. Case in point: the AfD ran a scaremongering campaign targeting refugees. Its highly polished social media activities allowed it to capitalise on this controversial topic.

In his remarks, Dahrendorf rightly notes that finding the dividing line between democracy and populism, between election campaigning and demagogics, is not always easy.

He gave his personal response to this question as early as 1968, long before the internet and social media existed. In a public debate before hundreds of students in Freiburg, he defended the open, free society against the Marxist revolutionary claims of the charismatic left-wing rebel, Rudi Dutschke.

The image of Dahrendorf and Dutschke, sitting together on the roof of a loudspeaker van, is seared into my political memory. The political notables of the liberal FDP had holed up in the Freiburg town hall. In stark contrast, Dahrendorf engaged the protest generation of the 1968 student movement outside, in passionate debate. Contemporary witnesses confirm that the professor's precise questioning of Dutschke not only put his counterpart under pressure, but ultimately allowed Dahrendorf to decide the debate in his favour.

This event marked the starting point of a distinguished career in research and politics. Dahrendorf's entire life was dedicated to his principled convictions and sense of duty, which he defined in his remarks on populism as "closing the general gap between citizens and the mighty". This call to action is the decisive and correct response to any form of populism.

Dahrendorf's commitment to the politics of freedom, as well as public and argumentative debate, remains exemplary. The Aspen Institute, with its values-based agenda, is committed to upholding Dahrendorf's liberal legacy. This is why we decided to join the Friedrich Naumann Foundation in publishing this polemic against populism. We wish it a wide readership and positive impact.

Rüdiger Lentz

Executive Director Aspen Institute Deutschland e.V.

1 The difficulties begin with the term “populism”. It has a derogatory connotation which implies that recurring to “the people” is not proper.

But aren't the people the sovereign? Is it not they who legitimise democracy? The suspicion that one man's populism is another man's democracy (and vice versa) cannot be dismissed out of hand.

We are in complete agreement with a politician who says that he will discuss a major issue – the Iraq war, say, or the introduction of the euro – with the people. He could organise a series of town hall meetings to explain his views and open them up for debate. Even today, we are reminded of how the British Prime Minister, William Gladstone, tormented his voters with long-winded speeches about injustices being committed in far-away Bulgaria to justify a British intervention. That was good: an example of pure democracy. Or was there possibly a hint of populism involved after all?

Because, let's be honest: we are most certainly not in agreement when somebody skilfully uses rhetorical wizardry to whip a large crowd into a frenzy. It does not even have to be Goebbels' “rhetorical” question: “Do you want total war?” Even partisan descriptions of violent crime may be enough. At short notice, they can create an ugly mood that leads to pogroms. “The people” are incited. In that case, we speak of demagoguery, and demagoguery has a broad repertoire of methods at its disposal.

It is often difficult to draw the line between democracy and populism, between campaign debates and demagoguery, between discussion and manipulation. One should therefore apply care when using the terms. Accusations of populism can themselves be populist, a demagogic substitute for proper argument.

2 Populism quickly turns into “right-wing populism”. Indeed, most people associate the term with the mushrooming right-wing organisations that seem to keep popping up.

Just think of Haider and Le Pen and Schill and perhaps Möllemann. But here, too, some care is required, because even some of the most successful populists cannot easily be categorised. For instance, the murdered Pim Fortuyn in the Netherlands was surely not simply a “right-winger”.

The reason why populism and the political right are often lumped together is that the very same issues that excite demagogic populism are traditionally themes of the right. Today, this applies to two issues in particular: law and order on the one hand, and, on the other, the whole complex matter of asylum seekers and migrants and their treatment in democratic states.

Both themes hold a lesson that helps to explain the success of populists: it was only fear of engagement on the part of liberals and the left that made them explosive. While liberals and the left tried to avoid these topics, less scrupulous political actors were able to use them to their advantage. In this way, “law and order” became a term clearly associated with the political right, and the impression has been created that liberals and the left are willing to accept lawlessness and disorder without doing anything about it.

This observation implies an appropriate response. It was one of the strengths of New Labour that it at least attempted to loosen the right's stranglehold on the topic. Tough on crime, tough on the causes of crime was a good slogan: of course breaches of the law must be punished, but just as importantly, their causes – such as poverty and social exclusion – have to be combatted.

There are similar tendencies at play when it comes to immigration. One may legitimately differentiate between asylum-seekers from Zimbabwe and those from South Africa. The former are fleeing a murderous regime, while the latter are fleeing a constitutional government. One also has to ask how much immigration communities can bear before they lose the very qualities that made them attractive for migrants.

It really is not necessary to give up the challenging areas of public debate to those who want to exploit them for their own demagogic aims. But at the same time, one has to recognise that liberal and left responses to issues such as law and order, or migration, leave much to be desired. New Labour has shown that it is easier in practice to take a hard line against criminals than to combat the causes of criminality. It requires a level of clarity and resistance to temptation that very few in positions of power are able to supply.

3

What may help is the fact that populists are apparently incapable of governing. The advantage they have over democrats in the heat of the election campaign is soon lost when their success catapults them into a cabinet position.

There have been several examples in recent times: Bossi's Lega Nord in Italy, Austria's FPÖ, Pim Fortuyn's party in the Netherlands, Judge Schill in Hamburg – all of them failed when they were called upon to put their words into action.

Partly, this is a matter of personality. Populist right-wing leaders are often flamboyant characters whose prospects are limited in "normal" parties. They are marginal figures whose attraction lies in their quirkiness. It is partly because they are so different that they are elected.

In addition, such populists usually do not create sustainable organisations around themselves. Their parties are loose conglomerates made up of other ambitious marginal figures, but lacking a programmatic core as well as organisational discipline. In a way, they show what political parties are good for.

But above all, when populists assume government roles, it becomes clear that their appeal is not directed at action. Populist groups are protest groups. This makes them sound more harmless than they are. There is always the possibility that such leaders and groupings manage to seduce enough voters to become not just coalition partners, but even the sole party in government. In such cases, it is not that reform programmes are implemented; instead, they use the opportunity to cement their power. In comparatively harmless cases, the result may be something like the Berlusconi administration, which used its power to outmanoeuvre the legal system for its own benefit. In more extreme cases, you get enabling laws, with all that implies. In this sense, populists' ability to govern is itself a risk.

4

Not all areas of populist action are reserved for the right. Against the backdrop of what is usually called globalisation, there is also such a thing as left-wing populism.

Oskar Lafontaine of the German social democrats is a good example, including the fact that he was incapable of governing outside of his little welfare state on the Saar. The resurgence of emphatically anti-capitalist left-wing parties in the Scandinavian countries as well as the Netherlands is another chapter from the same book.

Here again, we observe that the traditional parties failed to place an important topic on the agenda of political debate, or did so ineptly. They misunderstood the neoliberal response to the challenges of global markets as promotion of capitalism without rules and boundaries. They also forgot that while one may choose to prioritise freedom over equality, one should do so while ensuring that all citizens enjoy level footing in terms of basic participatory rights. Markets are always a form of rule-based system. Never must some be allowed to curtail the basic opportunities of others; privileges and market competition are irreconcilable.

5

Populism is easy, democracy is complex; ultimately, this may be the most important difference between these two forms of relating to the people.

More specifically, populism relies on conscious efforts to simplify problems.

This is what makes it attractive and successful. Crime is on the increase? We have to crack down on crime. Too many asylum seekers are entering the country? We have to keep them out. Global capitalism is making us poor? We need to clip the global capitalists' wings. That is how easy it is.

But in reality, it is not that easy, as populists discover when they govern. That is when they are at a loss for ways to deal with the complexity. They will make a few symbolic decisions – build up the police, set up prisons for illegal immigrants, make a speech in Porto Alegre instead of Davos – and that was that. But the tangle of problems remains, a trackless thicket that requires personalities tougher than demagogues.

Learning to live with complexity may be the most significant task of democratic civic education. In mature democracies, voters know that politicians' rosy dreams cannot all come true. These voters listen with an appropriate amount of scepticism when they hear the government say that it will halve the number of asylum seekers by September and reduce street crime by 20 percent by spring. They are aware that Third World poverty is a cause of conflict, but they also know that this cannot be eliminated in a single legislative period. Life is just complicated and the best we can hope for is to continue moving in the right direction.

For non-populist politicians, this is in itself a complex task. They have to avoid oversimplification while still making complex matters accessible. That was precisely the point of Gladstone's speeches about far-away Bulgaria. And it is exactly what President Bush and Prime Minister Blair learned so painfully during the long debates in the run-up to the Iraq war. Being able to explain complex issues in a way that is easy to understand is one of the main responsibilities of democratic leaders.

6

Looking at institutions against this background, the first thing that comes to mind is the referendum instrument. This mainly means plebiscites with a binding effect.

One might assume that they are a potential democratic tool against populism. Or are they the exact opposite, a populist tool against democracy?

This topic, too – that's how the world is! – is complex and has no simple answers. Consider Switzerland, a special case. It is a special case in particular because it is not just a referendum-based democracy, but one that looks back on a long history of public debate in the run-up to referendums that exists nowhere else in this form. A significant share of voters, possibly as high as 20 percent, takes part in such debates in one form or another. This doesn't completely eliminate populist sloganeering – as seen most recently from the SVP's Blocher, for instance – but it does limit its impact. Still, one has to wonder whether the decision not to join the European Economic Area, i.e. rejecting a soft link to the EU, was rationally justified. Could it be that a referendum was not the right tool for this decision?

Such questions are even more pressing in larger countries that lack a similar tradition. When UK citizens vote on joining the euro, for example, all sorts of other things are at play at the same time – the popularity of the government, the supposed claim to power of the Germans, the attachment to national traditions etc. – but it's not primarily about the specific effects of the monetary union. Indeed, it creates an open invitation for populists.

There is probably a need to develop a political theory of referendums that limits the use of this tool to a small number of topics of general interest. The frequent, even regular demands for national plebiscites in large countries have a whiff of populism rather than democracy.

7 These remarks on populism and democracy must perform remain vague if we do not address an institution that is the actual shield of democracy against populism, namely parliament.

At its core, populism is anti-parliamentarian, even when it uses parliamentary elections to grasp the levers of power. The success of populist movements is therefore always a sign of the weakness of parliaments. Parliamentary, that is representative, democracy, is the instrument that translates prevailing opinions into concrete and realistic decisions. Where this mechanism works, there is no space for the great simplifiers. They remain what they are, namely simplistic voices that launch their tirades on Sunday mornings at Speakers' Corner in Hyde Park.

Parliament delivers three core functions: it is a venue for the nuanced discussion of topics; a place where debates are translated into decisions; and, most importantly, a place where this happens not just once, but over an extended period. Parliament translates momentary moods into permanent decisions. In and of itself, this is an anti-populist function. In this sense, and by definition, parliament stands on the side of democracy.

Granted, these are very simple remarks. Parliaments have always fallen short in carrying out these responsibilities. Sometimes, they fall prey to populist temptations; even the British House of Lords joined the chase in getting anti-terrorism laws passed within just a few days. Today, however, the weakening of parliaments has become much more serious. Everywhere, the executive has found ways and means of overcoming the annoying delays and obstructions to its freedom of action which parliaments imposed. Generally, this is linked to a direct appeal to "the people", usually in the form of television viewers and consumers in general. The creeping authoritarianism of modern democracies is itself a factor that favours populism.

This is an extensive and critically important topic that warrants an entire discussion of its own. But at this point, let us just say that one of the main aims of liberal politics today has to be to stop – and if possible reverse – the hollowing-out of parliamentary democratic forms.

8

Parliaments exist at the national level, as well as at the regional and local level. But today, the spaces where political decisions are being made have become more diffuse.

For good reason, there is more talk of governance than government these days. We are being governed without being able to point to the governments actually doing it, and the diffusion of power ranges from the global level all the way to the local.

This means that in many places, institutional gaps have emerged – spaces for which we have no democratic institutions. These are the places where the populism bug thrives. But, even more importantly, there is a large and growing gap between citizens and those in power. It is not just a gap of trust or participation, but of information and knowledge. This gap is a fertile field for all kinds of conspiracy theories, a favourite plaything of populists since time immemorial. The gap creates demand for the magic bullets which form part of the populists' repertoire. In this sense, it is a significant and, as it appears, sustained threat to freedom. This is not just a democratic deficit which we might be able to reverse, but a gap in democracy which we do not yet have the means to fill. Plainly, democrats have much to keep them busy.

About the author



Lord Ralf Dahrendorf (1929 – 2009)

one of the most prominent and influential sociologists in both Germany and the UK, was a professor of sociology at the universities of Hamburg, Tübingen and Konstanz, and a director of the London School of Economics. He also held various offices in the political sphere, including as parliamentary secretary of state at the German Foreign Office, as European commissioner for external relations and trade, and as European commissioner for research, science and education. An active liberal politician, Dahrendorf was initially a member of the state parliament of Baden-Württemberg before becoming a member of the Bundestag. After moving to the UK, he joined the Liberal Democrats and became a member of the British House of Lords in 1993, having been created a life peer by Queen Elizabeth II.

From 1967 until 1987, Dahrendorf played a prominent role at the Friedrich Naumann Foundation, first as deputy chair of the executive board, then as a member of the board of trustees, and finally, from 1982 onwards, as chairman of the executive board.

This text first appeared in Transit magazine in 2003. We thank Lady Christiane Dahrendorf and Mr Klaus Nellen of the Vienna-based IWM (Institut für die Wissenschaften vom Menschen), in his role as former publisher of Transit, for giving us permission to republish the text.

